Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (1998)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor: Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418322

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
Vizestaatsschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Am 19. April fanden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die Grossratswahlen brachten mit 222 Listen sowie 1653 Kandidaturen (davon 574 Frauen) einen neuen Rekord. Unter der Federführung des Amtes für Zentrale Dienste wurden die Wahlen vorbereitet und durchgeführt. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Regierungsstatthalterämtern und den Gemeinden sowie dem Einsatz der Wahlausschüsse konnten die Wahlergebnisse fristgerecht ermittelt und bekannt gegeben werden. Bei den Regierungsstatthalterämtern wurde dabei erstmals die Informatiklösung WALO eingesetzt. Dieses von der Staatskanzlei und von der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion gemeinsam entwickelte EDV-Programm hat sich bewährt. Die Grossratswahlen bilden zwar den Hauptanwendungsbereich dieses Programms; das Programm wird jedoch auch bei sämtlichen Volksabstimmungen und Wahlen eingesetzt.
Die Staatskanzlei ist mitverantwortlich dafür, dass der Grosse Rat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben auf zweckmässige Weise unterstützt wird. Der Wechsel der Legislatur bildet dabei einen Schwerpunkt der Tätigkeit der Staatskanzlei. Die Arbeiten beim Abschluss der Legislatur und insbesondere auch für die neue Legislatur wurden in einer Arbeitsgruppe, in der alle betroffenen Organisationseinheiten vertreten waren, vorbereitet. Zu Beginn der neuen Legislatur fand eine besondere Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Grossen Rates statt.
Daneben hat die Staatskanzlei als gemeinsame Stabsstelle von Regierung und Parlament 5 Sessionen des Grossen Rates und 68 Sitzungen des Regierungsrates organisiert.
Die Staatskanzlei war auch verantwortlich für die Durchführung grösserer Anlässe (Besuch einer Delegation des Grossen Rates beim Grossratspräsidium des Kantons Graubünden sowie beim sächsischen Landtag; Koordination der Jubiläumsvorbereitung für 1998; Vorstellen des Kantons Bern als Ehrengast am Tag der Vereinten Nationen vom 18. Oktober in Genf).
In Bezug auf den Berner Jura bestanden die Aktivitäten der Staatskanzlei darin, die Deputation des Berner Juras und Welschbiels, die Juradelegation des Regierungsrates, den Regionalrat und die Berner Delegation in der Interjurassischen Versammlung zu unterstützen. Folgende Schwerpunkte standen dabei im Vordergrund: Vorbereitung des Vorschlags für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat, den der Regierungsrat am 1. April der jurassischen Regierung unterbreitet hat; Ausarbeitung des Mandats, mit dem der Regierungsrat den Regionalrat am 13. Mai beauftragt hat, einen Reflexionsprozess zur künftigen Stellung des Berner Juras einzuleiten; Ernennung einer neuen Berner Delegation für die Interjurassische Versammlung am 1. Juli; Vorbereitung der Klausursitzung, die der Regierungsrat am 22. Oktober seiner Jurapolitik widmete; Beobachten der Entwicklung im Anschluss an die Konsultativabstimmung vom 29. November über die Kantonszugehörigkeit der Stadt Moutier.
Im Berichtsjahr kam das vom Regierungsrat am 25. Juni 1997 genehmigte neue Konzept für die politische Gesamtplanung erstmals zur Anwendung. Der Aufwand zur inhaltlichen und formellen Koordination war beim Richtlinienbericht 1998 deutlich geringer als noch beim Richtlinienbericht 1994, dies trotz eines besseren Resultats (zur politischen Gesamtplanung siehe auch Ziff. 1.1).
Im Bereich der Informatikanwendungen basiert die Staatskanzlei bei ihrer Aufgabenerfüllung auf einem Informatiksystem aus dem Jahre 1984. Das bestehende zentrale System ist veraltet und muss vor dem Millenniumswechsel abgelöst werden. Die Arbeiten zur Ablösung dieses Systems haben sämtliche Organisationseinheiten der Staatskanzlei stark beansprucht. Dank der neuen technischen Möglichkeiten sollen mit dem Systemwechsel nämlich auch eine bessere Verwaltung der Regierungsratsbeschlüsse, der parlamentarischen Vorstösse und der Grossratsgeschäfte erreicht werden. Zudem ist vorgesehen, eine allgemeine Geschäftskontrolle und ein Dokumentenverwaltungssystem einzuführen und damit die Arbeiten elektronisch noch vermehrt zu unterstützen. In diesem Bereich sind insbesondere auch Synergien mit dem Projekt GRIS zu erwarten.
Im Schloss Fraubrunnen wurde für die bisher im Staatsarchiv deponierten Urschriften, die von nicht mehr praktizierenden Notaren abgeliefert werden müssen, ein zentrales Archiv eingerichtet. Damit können diese für die Rechtssicherheit wichtigen Archivalien fortan effizient betreut werden und für autorisierte Konsultationen rasch zugänglich sein.
Durch einen Vertrag mit dem heutigen Firmeninhaber konnten die Bestände der Zbinden-Film AG (rund 100 Filme zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte Berns zwischen 1929 und der Gegenwart) für die Öffentlichkeit gesichert werden; die Filme und dazu eine moderne Vorführkopie werden inskünftig im Staatsarchiv zur Verfügung stehen.
Da fortan die Grundbuchdaten nur noch elektronisch festgehalten sind, hat das Staatsarchiv – in Zusammenarbeit mit dem Vermessungsamt – begonnen, die letzte Ausführung der Grundbuchpläne (Pläne 1:10000 auf Aluplatte) zu sammeln und so der Nachwelt das Bild des Kantons Bern im Detail zu erhalten.
Unter der Federführung der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann erarbeitet, welches am 16. November im Grossen Rat mit 144:7 Stimmen angenommen wurde.
Die Fachstelle hat innerhalb der Verwaltung das Projekt *Arbeit (ver)teilen und gewinnen* gestartet, welches über das Bundesgesetz über die Gleichstellung finanziert wird und zwei Ziele verfolgt: 1. Arbeit innerhalb einer oder mehrerer kooperierender Organisationseinheiten neu zu verteilen; 2. Arbeit gleichstellungsgerecht beziehungsweise gleichstellungsfördernd zu teilen.

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 *Kantonale Drucksachen- und Büromaterialzentrale (KDBZ)*

Erstmals nach dem Inkrafttreten der neuen Submissionsverordnung ist mit dem Amtsblatt des Kantons Bern eine Drucksache öffentlich ausgeschrieben worden. Der Regierungsrat hat im Dezember die Herstellung des Amtsblattes des Kantons Bern der Firma Gassmann AG in Biel übertragen. Da von den 12 offerierenden Firmen alle technisch in der Lage gewesen wären, das Amtsblatt herzustellen, spielten vor allem auch finanzielle Überlegungen eine Rolle. Mit der auf der Basis des Jahres 1995 errechneten Pachtsumme von 440000 Franken konnte eine erhebliche Einnahmensteigerung erreicht werden.

2.2.1.2 *Drucksachenverkauf*

In dieser Organisationseinheit werden unter anderem auch der Verkauf und der Versand der Gesetze und Gesetzessammlungen betreut. Die elektronische Bearbeitung und Verwaltung der Bernischen Systematischen Gesetzessammlung wird sich auch hier stark auswirken. Es ist damit zu rechnen, dass neue Erlasse und Änderungen schneller zur Verfügung gestellt werden können. Zudem wird die Nachfrage nach auf Papier ausgedruckten Erlassen zurückgehen. Im Berichtsjahr sind deshalb bereits Lagerbestände abgebaut worden.

2.2.1.3 *Informatik*

Die Belastung des Informatikdienstes hat zugenommen. Trotz zusätzlichen Aufgaben konnte der «courant normal» sichergestellt werden. Bewährt hat sich dabei als Steuerungsinstrument die bereits zu Beginn der 90er-Jahre eingesetzte Informatikkonferenz, in der alle Ämter der Staatskanzlei vertreten sind.

2.2.1.4 *Wahlen und Abstimmungen*

Im Grossratswahljahr 1998 wurden bereits auch die Vorbereitungen zur Durchführung der Nationalratswahlen 1999 insbesondere im Bereich der Informatik aufgenommen. Mit dem Projekt KAWASYS (Kantonales Wahlsystem) sollen die Gemeindeergebnisse in den einzelnen Regierungsstatthalterämtern erfasst und online an die Bedag Informatik übermittelt werden.

2.2.1.5 *Personaldienst*

Der langjährige Sekretär des Stabes und der Personaladministrator der Staatskanzlei, Herr André Boichat, verstarb in der Adventszeit im Alter von 56 Jahren nach einigen Monaten schwerer Krankheit. Bereits im Frühjahr musste die Staatskanzlei von einem ihrer Sachbearbeiter, Herrn Peter Weber, Abschied nehmen, der nach einer einjährigen Krankheit im Alter von 48 Jahren starb.
Nach einer zweijährigen Probephase wurde das leistungsabhängige und lohnwirksame Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch definitiv eingeführt. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Lohnwirksamkeit des Gesprächs mit neuen Herausforderungen verbunden ist.
Unter der Betreuung des Personaldienstes und der internen Arbeitsgruppe «Taten statt Worte» erstellte eine HWV-Absolventin ihre Diplomarbeit bei der Staatskanzlei. Das Thema «Job-sharing» im Management und in höheren Stabsstellen – ein Instrument für die Analyse zur Stellenbesetzung im Job-sharing für die Staatskanzlei des Kantons Bern – zeigt interessante Aspekte auf.
Nach dem im Jahr 1997 erfolgreich durchgeführten Pilotprojekt wird das Angebot für ein einjähriges kaufmännisches Praktikum weitergeführt. Damit kann auf dem zweiten Bildungsweg der eidgenössische kaufmännische Fähigkeitsausweis erlangt werden. Die Staatskanzlei kann damit insgesamt vier Lehrstellen anbieten. Mit der im Vergleich zu den angestellten Personen grossen Zahl unterstreicht sie damit die Bedeutung dieser Ausbildung.
Zudem können Hochschulabsolventinnen und -absolventen die für ihr Studium und ihren Abschluss notwendigen Praktika im Ratssekretariat und im Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (Terminologiedienst) absolvieren.
Die Mitglieder der Amtsvorsteherkonferenz haben sich während einer Klausurtagung mit dem Thema «Führen mit Veränderungsprozessen» befasst.

2.2.1.6 *Rathausverwaltung*

Eine neue Beschilderung und Wegweisung im Rathaus soll zur Benutzerfreundlichkeit beitragen.

2.2.2 Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)

2.2.2.1 *Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung*

Obwohl die Aktivitäten des mit der Einstellung französischsprachigen Personals beauftragten Dienstes (Service SOS-F) etwas zurückgestellt wurden, kontrolliert der Dienst nach wie vor in regelmässigen Abständen, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung in beiden Amtssprachen erfolgen.

2.2.2.2 *Übersetzung*

Trotz eines reduzierten Personalbestands während sieben Monaten, bedingt durch den Mutterschaftsurlaub einer Mitarbeiterin, konnte der Zentrale Übersetzungsdienst (ZÜD) seine Hauptaufgaben fristgerecht erfüllen.

2.2.2.3 *Terminologie*

Der Datenbestand von LINGUA-PC wurde laufend erweitert und aktualisiert. Der Zentrale Terminologiedienst (ZTD) hat eine neue Version der Terminologiedatenbank LINGUA-PC erarbeitet, die über das Intranet zugänglich sein wird und im ersten Quartal 1999 in Betrieb genommen werden soll.
Die Leiterin des ZTD nahm im Oktober am jährlichen Treffen der *COMPUTERM-Gruppe* teil.
Die Arbeitsgruppe «Terminologie des New Public Managements», die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantone Bern, Wallis, Freiburg sowie der Bundesverwaltung und Prof. Kuno Schedler von der Universität St. Gallen zusammensetzt, hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Es konnten rund 150 Konzepte des New Public Managements untersucht und entsprechende Terminologieeinträge erarbeitet werden.
Im Januar und Juni trafen sich die Leiterin des ZTD sowie der Vorsteher des ASR mit ihren Amtskollegen der Kantone Freiburg, Graubünden, Wallis und des Bundes. Diese Arbeitsgruppe ist dabei, eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Terminologie auszuarbeiten.
Der Terminologiedienst wurde im Rahmen der Einführung der neuen deutschen Rechtschreibung in der Kantonsverwaltung mehrfach um Beratung oder Unterstützung gebeten. Er hat sich insbesondere mit den Vorbereitungsarbeiten befasst und hat die Koordination mit dem Bund sichergestellt.

2.2.2.4 *Rechtsdienst*

Die Belastung des Rechtsdienstes mit Beschwerdeinstruktionen zuhanden des Regierungsrates blieb wie im Vorjahr gering. Dafür nahmen die Arbeiten im Bereich der begleitenden Rechtsetzung und das direkte Engagement in verschiedenen Rechtsetzungsprojekten (bspw. im Projekt Neue Finanzaufsicht) zu. Das Schwergewicht der Arbeiten des Rechtsdienstes lag im Berichtsjahr einerseits bei der politischen Gesamtplanung (vgl. Ziff. 1.1 und 2.1) und andererseits bei der Schaffung eines elektronischen Redaktionssystems für die Bernische Systematische Gesetzessammlung (BSG) im Rahmen des Projekts BELEX. Die wesentlichen Projektarbeiten konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

2.2.2.5 *Politische Mitwirkung*

Der Dienst der Juradelegation (DJUD) hat sich im Wesentlichen auf die Vorbereitungsarbeiten der unter Ziffer 2.1 aufgeführten Arbeiten konzentriert. Auf Grund der Vielfalt und der Intensität seiner Tätigkeiten konnten weder der jährliche Besuch in den Direktionen durchgeführt noch die Vorbereitungsarbeiten für den Jurabericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vorangetrieben werden.
Ende Juli beendete der Regionalrat seine erste Amtsperiode. Die im Gesetz über die politische Mitwirkung vorgesehene Überprüfung der Zusammensetzung des Regionalrats ergab, dass die bestehende Zusammensetzung im Moment beibehalten werden sollte. Die Frage wird jedoch im Rahmen des Mandats wieder aufgenommen, das der Regionalrat am 13. Mai vom Regierungsrat erhalten hat. Dass sich der scheidende Präsident, Jean-Pierre Verdon, entschieden hat, sich nicht mehr für die Grossratswahlen aufstellen zu lassen, bot hingegen die Gelegenheit, die Wahl des Büros nicht wie bisher im August, sondern bereits im Mai durchzuführen. Die Verordnung über die politische Mitwirkung wurde am 11. März geändert (BAG 98-5), sodass die Amtsperiode des Regionalrats nunmehr mit jener des Grossen Rates zusammenfällt. Am 1. Juni übernahm der Regierungsstatthalter von Biel bereits zum zweiten Mal das Regionalratspräsidium. Der Regionalrat hat im Laufe des Berichtsjahres seine ordentlichen Geschäfte weitergeführt und den Vollzug des erwähnten Mandats vorangetrieben. Insgesamt wurden 11 Vollversammlungen abgehalten (Büro: 10 Sitzungen; Ausschüsse und Delegationen: 32 Sitzungen).

2.2.2.6 *Zentrale Bibliothek*

Die computergestützte Katalogisierung aller Werke der Staatskanzlei (Errichtung einer Zentralbibliothek) wurde im ersten Halbjahr unterbrochen. Mit der Einstellung eines Hilfsbibliothekars konnten die Arbeiten im September wieder aufgenommen werden. Der Abschluss der Arbeiten ist für März 1999 vorgesehen.

2.2.3 **Staatsarchiv (StAB)**

2.2.3.1 *Öffentlichkeitsarbeit*

Bei rund 50 geführten Anlässen haben rund 1200 Personen das StAB besucht und lernten seine Aufgaben, seine moderne Infrastruktur und ausgewählte Zeugnisse des archivalischen Kulturgutes Berns kennen. Das Jubiläumsjahr gab Anlass zu zahlreichen Vorträgen und Artikeln (1798/1848). Vermehrt wird das StAB auch bei Führungen im Rathaus eingesetzt. Intensiv waren die Kontakte mit Medienschaffenden; sogar eine Fernsehequipe aus Japan filmte im StAB Bildquellen zum «World Heritage: Old City of Berne».
Wiederum fand ein Wochenkurs für Lehrkräfte statt, um diese mit ortsgeschichtlichen Quellen vertraut zu machen. Intensiver als normal war die Nachfrage nach Archivobjekten für auswärtige Ausstellungen, in denen Berns Rolle vor und während der Revolutionsjahre dargestellt wurde (u.a. Lausanne, Schloss Jegenstorf).

2.2.3.2 *Erschliessung und Benützung*

Bei einem Gesamtzuwachs an Archivalien von 308 Laufmetern stammten 295 Laufmeter von staatlichen Dienststellen. Von den noch ausstehenden 250 Kirchenbüchern fanden 28 (Rohrbach) den Weg ins StAB.
Die Frequenz im Lesesaal ist erneut leicht auf 5431 Besuche gestiegen: es wurden u.a. 15100 (14800) Kirchenbuch-Einheiten (in der Regel auf Mikrofilm) konsultiert. Für das Lesen und Kopieren der farbigen Mikrofichen der Karten und Pläne steht jetzt ein Digital Microfilm Scanner zur Verfügung, der hohen Ansprüchen der Kundschaft Genüge tut.
Die reichhaltigen Bibliotheksbestände aus der Zeit vor dem Beginn der modernen Katalogisierung (19./1. Hälfte 20. Jahrhundert), die noch nach Sachgebieten aufgestellt sind, werden durch eine vereinfachte Erfassung so erschlossen, dass sie ohne grossen Zeitaufwand benützbar sind. Bei der EDV-gestützten neuen Erfassung der rund 30000 Urkunden sind jetzt rund 16000 aufgenommen. Neuablieferungen der Verwaltung werden laufend bearbeitet.
Auch im Berichtsjahr waren Forschungen im Bereich Flüchtlingspolitik, nachrichtenlose Vermögen, Holocaustopfer zu begleiten. Vermehrt werden auch von einheimischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zeitgeschichtliche Themen bearbeitet. Dabei bemüht sich das Staatsarchiv, die Anforderungen des Datenschutzes mit den Zielsetzungen der Informationsgesetzgebung möglichst forschungsfreundlich in Einklang zu bringen.

2.2.3.3 *Bewahrung von Kulturgütern*

Das Staatsarchiv hat sich einen Ruf als Kompetenzzentrum im Kulturgüterschutz für Archivbelange erworben. Es wird daher häufig für entsprechende Kurse auf nationaler und kantonaler Ebene zur Mitarbeit eingeladen.
Die Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten an der Karten- und Plansammlung werden planmässig fortgesetzt. Dank finanzieller Hilfe von dritter Seite können auch die Konservierungsarbeiten an historischem Fotomaterial vorangetrieben werden. Dazu war es möglich, zwei historische Filme (1913: Einweihung der Lötschbergbahn, 1914: Landesausstellung in Bern) zu sichern und eine moderne Vorführkopie herzustellen. Die Rettung der vom Zerfall bedrohten Film- und Fotomaterialien aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts stellt für die heutige Generation eine besondere Herausforderung dar!

2.2.4 **Amt für Information (AI)**

2.2.4.1 *Allgemeines*

Das Pilotprojekt NEF-AI 2000 und die damit im Zusammenhang stehenden zusätzlichen und teilweise neuen Aufgaben (z.B. systematisches Reporting und Controlling) sind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine grosse Herausforderung. Weitere Schwergewichte bildeten die Organisation und der Betrieb des Medien- und Informationszentrums für die kantonalen Wahlen im Rathaus und eine Analyse der Kommunikationstätigkeit von Behörden und Verwaltung; letztere soll im Laufe des Jahres 1999 ausgewertet werden.

2.2.4.2 *Externe Information*

Die Anforderungen an die Informationstätigkeit sind in den letzten Jahren stark gestiegen, insbesondere bei komplexen Themen und in der projektbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit. Daher nimmt die Beratungstätigkeit einen relativ grossen Teil der personellen Kapazitäten in Anspruch. Die operative Informationstätigkeit des Amtes für Information stellte in Bezug auf Belastbarkeit und Flexibilität erneut höchste Ansprüche an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die nach journalistischen Kriterien aufbereiteten Medienmitteilungen von Behörden und Kantonsverwaltung wurden von 256 Abonnenten in deutscher und von 72 in französischer Sprache bezogen. Die Mehrheit der 521 Medienmitteilungen mit insgesamt

702 Seiten wurde per Briefpost verschickt. Der Versand per Fax wurde gezielt dann eingesetzt, wenn es Aktualitäts- oder Termingründe erforderten. Die Vorbereitungsarbeiten für die 109 Medienkonferenzen sowie die Redaktion und die Übersetzung der Medienmitteilungen waren die Schwergewichte im Bereich der externen Information.
Der Internet-Auftritt des Kantons wurde im Laufe des Jahres überarbeitet, schrittweise erweitert und laufend aktualisiert. Trotz der sehr knappen finanziellen Ressourcen wurde die Realisierung der Basisdokumentation «BE InForm» weitergeführt. Neben dem Informationsprospekt «Der Kanton Bern auf einen Blick» wurden im Sommer in Zusammenarbeit mit der Berner Kantonalbank BEKB eine stark überarbeitete Neuauflage der Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» und im Herbst erstmals eine Informationsschrift über den Grossen Rat publiziert. Eine entsprechende Publikation über den Regierungsrat ist in Vorbereitung.

2.2.4.3 *Interne Information*

Erneut lag das Schwergewicht der Personalinformation auf Hintergrundinformationen (vier Ausgaben der Personalzeitschrift «BE-info»). Sie wurde punktuell mit aktuellen Informationen zu personalrelevanten Themen («BE-info: FLASH») ergänzt. Die Redaktion, Produktion und Herausgabe der wöchentlichen Presseschau («BE-reflexe»), zu der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AI beigetragen haben, bildete das zweite Schwergewicht. Der Aufbau und das Layout der Presseschau wurden lesefreundlicher gestaltet. Ergänzt wurden diese Informationen durch weit über 100 Spezial-Presseschauen, die unter anderem nach Medienkonferenzen zuhanden aller Beteiligten erstellt wurden (Erfolgskontrolle), sowie durch die laufende, themenbezogene Auswertung der Printmedien.

2.2.5 **Ratssekretariat**

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 **Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)**

2.2.6.1 *Allgemeines*

Wie in den vorangegangenen Jahren wurden die Dienstleistungen der Fachstelle von externen und internen Stellen und Einzelpersonen stark in Anspruch genommen (Rechtsberatung, fachübergreifende und interkantonale Arbeitsgruppen, Vernehmlassungen/Mitberichte, Bibliothek/Dokumentation usw.). Sehr zeit- und arbeitsintensiv gestaltete sich für die FGS auch das Informatikprojekt REPAVO.
Die Projekte *Frauenziel Arbeitsmarkt* und *NEF 2000 und Gleichstellung* wurden im Frühjahr 98 vorerst mit Publikationen abgeschlossen. Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Gleichstellung im Projekt NEF 2000 bleiben jedoch aktuell.
Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung, das unter der Federführung der Fachstelle erarbeitet wurde, ist im November vom Grossen Rat mit 144:7 Stimmen angenommen worden. Im Zusammenhang mit laufenden oder anstehenden Gesetzesrevisionen bemüht sich die FGS um deren vorausschauende und gleichstellungsrelevante Ausgestaltung (Steuergesetzrevision, Revision der Fürsorgegesetzgebung).
Publikationen: Bericht Frauenziel Arbeitsmarkt; Bulletin Nr. 15: Frauenziel Arbeitsmarkt (Kurzfassung); Bulletin Nr. 16: Egalikon, ausgewählte Stichwörter zur Gleichstellung; Transparenz Nr. 2 (Thema Eintritte/Austritte/Anstellungsdauer). Arbeitsmappe «Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft» (zusammen mit FGS Stadt Bern). Leitfaden Neue Verwaltungsführung und die Gleichstellung von Frauen und Männern (hrsg. von der Finanzdirektion). Massgeblich beteiligt war die FGS auch an der Broschüre «Die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Lehrstellenbeschluss» der schweizerischen Gleichstellungskonferenz.

2.2.6.2 *Besondere Tätigkeiten*

Im Rahmen des über das Gleichstellungsgesetz finanzierten Projektes *Arbeit (ver)teilen und gewinnen – PARTE* hat die FGS eine Dokumentation erarbeitet mit dem Ziel, Verwaltungseinheiten für das Projekt zu gewinnen. Im Oktober konnte PARTE in der BVE gestartet werden. Mit weiteren Direktionen sind Gespräche im Gang.
Stark engagiert hat sich die FGS sowohl auf schweizerischer wie auch auf kantonaler Ebene für den Lehrstellenbeschluss des Bundes, insbesondere für die Förderung von jungen Frauen in der Berufsbildung. Sie ist u.a. Mitglied der Tripartiten Arbeitsgruppe, die die kantonalen Gesuche begutachtet. In Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Berufs- und Laufbahnberatung und der Akademischen Studien- und Berufsberatung ist ein Arbeitsinstrument im Entstehen, das Beratende bei typischen Fragen und Situationen bei der Berufswahl von Mädchen unterstützt.
Angelaufen ist, in Zusammenarbeit mit der Fachkommission, eine Studie über erfolgreiche Karriereverläufe und Aufstiegsmuster von Politikerinnen und Politikern. Die Resultate sind gegen Ende 1999 zu erwarten.
Im Projekt NEF-Gesetzgebung, an welchem die FGS mitarbeitet, ist von zentraler Bedeutung, dass die Grundlagen für die neue Gesetzgebung im Sinne der Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ausgestaltet werden.
Massgeblich beteiligt ist die Fachstelle auch an Projekten der Gleichstellungskonferenz: Z.B. wird auf Grund einer Untersuchung von sechs offiziell empfohlenen Sprachlehrmitteln der deutschen Schweiz ein Leitfaden mit Qualitätsstandards zur Gleichstellung für alle an der Produktion von Lehrmitteln Beteiligten erarbeitet.

2.2.6.3 *Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen*

Am 13. Februar organisierte die Kommission mit Blick auf die Grossratswahlen eine Veranstaltung mit Teilnahme der Regierungsrätinnen Schaer und Zölch. Die Gewinner und Gewinnerinnen des Kurzgeschichtenwettbewerbs *Die Bunte* wurden bekannt gegeben (vgl. Verwaltungsbericht 1997) und die prämierten Geschichten in der Publikation *Die bunte Wahlzeit* veröffentlicht.
Im Rahmen der Aktion *Die Fachkommission im Gespräch mit den Regionen* haben im Laufe des Jahres rund 10 Veranstaltungen stattgefunden. Die Aktion wurde vorerst abgeschlossen.
Am 24. Juni organisierten Kommission und Fachstelle im Vorfeld der Studie über erfolgreiche Karriereverläufe von Politikerinnen und Politikern ein überparteiliches Hearing, um aktuelle politische Fragestellungen aus der Sicht der Praxis zu eruieren.
Im Projekt PARTE (siehe oben) ist die Kommission Teil der Trägerschaft. Die Arbeitsgruppe Trägerschaft wird von der Präsidentin der Fachkommission geleitet, in welcher ein weiteres Kommissionsmitglied Einsitz hat. Die Arbeitsgruppe hat sich im vergangenen Jahr zu zwei Sitzungen getroffen.
Ein Schwerpunkt der Kommissionsarbeit ist nach wie vor das Thema Gewalt an Frauen. Die Kommission hat die Umsetzung der Motion *Von den Opfern zu den Tätern* begleitet und sich engagiert

für eine Stellenaufstockung im Frauenhaus Biel eingesetzt. Sie steht in Kontakt mit den zuständigen Fachpersonen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion.
Im Rahmen der internen Weiterbildung beschäftigte sich die Kommission mit dem Thema Sozialversicherungen sowie mit den Arbeitsbereichen ihrer eigenen Mitglieder (Bilan portfolio de compétences; Familienkompetenzen – Rüstzeug für den Arbeitsmarkt?; Der Lehrstellenbeschluss – eine Chance für die Frauen). Weitere Themen sind vorgesehen.

2.2.6.4 *Grossratsbeschluss betreffend die Weiterführung der kantonalen Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern vom 16. Januar 1995 – Vollzug*

Der Grosse Rat nahm am 16. Januar 1995 gemäss Artikel 13 Absatz 3 des Dekretes vom 7. November 1989 über die Organisation der Staatskanzlei den Bericht der Kantonalen Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern 1990 bis 1994 zur Kenntnis. Er beschloss die Weiterführung der Stelle für vier Jahre mit verschiedenen Auflagen, u.a. dass der Gleichstellung in Familie, Ausbildung und Beruf gleichwertig Rechnung getragen werden soll.
Am 1. Januar 1995 traten die totalrevidierte bernische Kantonsverfassung und am 1. Januar 1996 das Organisationsgesetz (OrG) und die Verordnung über die Organisation und die Aufgaben der Staatskanzlei (OrV STA) in Kraft. Diese neuen gesetzlichen Grundlagen haben auch Auswirkungen auf das eingangs erwähnte Dekret und die darin aufgeführten Aufgaben des Grossen Rates.
Gemäss OrG bestimmt der Regierungsrat einerseits die Aufgaben der Direktionen und Staatskanzlei (und der Ämter). Diese neue Kompetenz hat zur Folge, dass der Regierungsrat die Grobstrukturen bis auf Stufe Amt festlegen und diesen Organisationseinheiten auch die zu erfüllenden Aufgaben durch Verordnung zuweisen kann. Aus diesem Grund ist in der OrV STA nicht mehr statuiert, dass die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern alle vier Jahre dem Grossen Rat einen Bericht über die Tätigkeit und den Stand der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton vorzulegen hat. Andererseits ist die Organisationskompetenz des Regierungsrates durch das OrG begrenzt, weil der Gesetzgeber Kernbereiche der Aufgabenerfüllung festgelegt hat. Ein Kernbereich der Staatskanzlei ist die Aufgabe der «Gleichstellung von Frau und Mann».
Im Sinne dieser neuen Kompetenzzuordnungen wurde parallel mit dem Inkrafttreten des OrG Artikel 13 Absatz 3 des eingangs erwähnten Dekretes, d.h. die gesetzliche Grundlage des Grossratsbeschlusses, aufgehoben.

2.3 Personal

2.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 1998

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Amt für Zentrale Dienste[1]	24	14	23,50	9,98	33,48
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste[2]	7	11	6,20	6,80	13,00
Staatsarchiv	11	5	10,50	2,30	12,80
Ratssekretariat	3	3	2,20	2,50	4,70
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	0	2	0,00	1,50	1,50
Zwischentotal I	45	35	42,40	23,08	65,48

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Regierungsrat	4	3	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	4	3	3,90	2,10	6,00
Zwischentotal II	8	6	7,90	5,10	13,00
Zwischentotal I	45	35	42,40	23,08	65,48
Total per 31. 12. 1998 (mit Regierungsrat)	53	41	50,30	28,18	78,48
Total per 31. 12. 1998 (ohne Regierungsrat)	49	38	46,30	25,18	71,48
Vergleich zum Vorjahr	50	37	47,30	24,40	71,70

[1] Einschliesslich Redaktorin des Tagblattes des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
[2] Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 1998

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool[1]
Amt für Zentrale Dienste[2]	3023,92	2997,78	26,24
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste[3]	1442,04	1452,40	– 10,36
Staatsarchiv	1236,00	1246,10	– 10,10
Ratssekretariat	633,16[4]	563,01	70,15
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,80[4]	252,00	– 67,20
Zwischentotal	6519,92	6511,29	8,63
Amt für Information (NEF)	753,07	660,00	93,07
STA RR RP Transit			93,70
Total Staatskanzlei per 31. 12. 1998	7272,99	7171,29	195,40

[1] Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.
[2] Einschliesslich Redaktorin des Tagblattes des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
[3] Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates
[4] Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Im Hinblick auf den Rücktritt von Herrn Staatsarchivar Dr. K. Wälchli auf Anfang 1999 hat der Regierungsrat am 16. September 1998 Herrn Dr. Peter Martig auf 1. Februar 1999 zum neuen Staatsarchivar des Kantons Bern gewählt.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Vier Mitarbeiter der Staatskanzlei haben an den von der Bundesverwaltung organisierten Super-User-Kursen im Zusammenhang mit der Einführung der neuen deutschen Rechtschreibung teilgenommen.
Gemeinsam mit der Abteilung Personalentwicklung des Personalamtes und externen Spezialisten organisierte das Amt für Information eine Reihe von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen im Medienbereich. Diese wurden noch akzentuierter an die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Kantonsverwaltung angepasst. So wurden ein spezielles Medientraining für die neuen Regierungsmitglieder, ein Medienseminar für die amtsjüngsten Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter und ein Medientraining für die Leiterinnen und Leiter der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren durchgeführt.

2.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Die Arbeitsgruppe Chancengleichheit hat einen zweiten Tätigkeitsbericht zuhanden des Staatsschreibers erstellt. Folgende Massnahmenziele wurden erreicht: Am 1. April 1998 hat der Regierungsrat die Realisierungsbewilligung zum «Kauf» von maximal 8 Krippenplätzen erteilt. Neu werden die Lehrlinge des 1. und 2. Lehrjahres während zweier Tage pro Lehrjahr (vorher pro Semester ein halber Tag) in die Arbeit der FGS eingeführt. Zudem nahm die FGS an einer Lehrmeisterinnen- und Lehrmeisterveranstaltung mit dem Referat «Was haben unsere Rollenvorstellungen von Frauen und Männern bezüglich des beruflichen Werdegangs mit unserem Gegenüber, mit den Auszubildenden zu tun?» teil.

2.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Es wird auf den Bericht des Regierungsrates vom 24. Juni 1998 über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik 1994 bis 1998 verwiesen (Legislaturwechsel; Wechsel zum neuen Konzept der politischen Gesamtplanung).

2.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1998

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Medienförderungsgesetz	8	
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Gesetz über die Finanzaufsicht	2	1999
– Amtsdauer sechs Jahre für Regierungsrat und Grosser Rat	2	1999
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
– Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann	5	
2.5.4 Andere Gründe		
– Geschäftsordnung für den Grossen Rat (Änderung)	5	
– Dekret über die politischen Rechte (Änderung)	5	

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgewiesen

2.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1998

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition[1] TFr.	Produktionskosten[2] bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten[2] im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
4230.100.199 KAWASYS '99	110	–	–	1998
4230.100.211 GISTA-2000	290	ca. 50	–	1999
4230.400.201 LinguaPC	110	10	–	1998
4230.500.201 GRIS	100	noch nicht bekannt	–	1999–2000

[1] Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan
[2] Folgendes Konto wird berücksichtigt:
a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)
b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.7 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.8 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

Projekt	Stand der Arbeiten 31. 12. 1998	geplanter Abschluss
Information und Öffentlichkeitsarbeit		
– Pilotprojekt NEF-AI 2000: Umsetzung	Projekt in Arbeit	Ende 2000
– «Kanton Bern im Internet» (eigene Homepage der Staatskanzlei)	Projekt in Arbeit	schrittweiser Ausbau, laufende Aktualisierung
– Basisdokumentation über den Kanton Bern («BE inForm»)	Projekt in Arbeit	schrittweise Realisierung
– Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» Ausgabe 1998/99	Projekt abgeschlossen	Sommer 1998

2.9 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.9.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

2.9.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Grosser Rat

Motion 053/97 Widmer, Wanzwil, vom 10. März 1997 betreffend unabhängige Überprüfung der Arbeitsvergebungen im Kanton Bern (angenommen am 1. 9. 1997).
Die Geschäftsprüfungskommission hat acht Vergaben des Kantons überprüft und dem Grossen Rat mit Bericht vom 24. Februar rapportiert. Der Kommissionsbericht ist vom Grossen Rat am 18. März beraten worden. Das Parlament hat die Anträge der Geschäftsprüfungskommission – u. a. die Abschreibung der Motion als erfüllt – stillschweigend gutgeheissen.

Motion 229/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend neues Sessionssystem (angenommen am 21. 1. 1998).
Der Grosse Rat hat am 31. August einer Änderung der Geschäftsordnung für den Grossen Rat zugestimmt, die Änderungen im Sessionssystem mit sich bringt. Die neue Regelung kommt erstmals im Jahr 2000 zur Anwendung.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 107/96 Aebischer, Guggisberg, vom 19. März 1996 betreffend Änderung Dekret über die politischen Rechte (Bezirksbeamtenwahl) (angenommen am 2. 9. 1996).
Der Grosse Rat hat am 1. September eine Dekretsänderung über die politischen Rechte verabschiedet, welche auf den 1. Januar 1999 in Kraft tritt. Neu werden nun auch bei Stichwahlen stille Wahlen ermöglicht.

2.9.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

2.9.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Grosser Rat

Motion 251/96 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996 betreffend Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (angenommen am 28. 4. 1997).
Der Grosse Rat wird im Rahmen der nächsten Änderung der Geschäftsordnung über das Anliegen befinden können.

Postulat 113/97 Voiblet, Reconvilier, vom 18. Juni 1997: Seit 1970/71 gab es keinen französischsprachigen Grossratspräsidenten mehr (Punkt 1: zurückgezogen; Punkt 2: angenommen am 19. 1. 1998).

Motion 130/97 Pauli, Nidau, vom 1. September 1997 betreffend mehr Transparenz in den Abstimmungsbotschaften (Punkt 1: angenommen; Punkt 2: abgelehnt am 19. 1. 1998).
Der Grosse Rat wird im Rahmen der nächsten Änderung der Geschäftsordnung über die beiden Anliegen befinden können.

Motion 222/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf sechs Jahre (angenommen am 21. 1. 1998).
Nebst Änderungen in der Gesetzgebung ist zur Umsetzung dieses Vorstosses auch eine Verfassungsänderung nötig. Der Grosse Rat wird in den Jahren 1999/2000 eine entsprechende Vorlage beraten können. Bei positivem Ausgang der Volksabstimmung zur Verfassungsänderung ist die Inkraftsetzung für die Grossratswahlen im Jahr 2002 vorgesehen.

Motion 181/97 Widmer, Büren, vom 17. November 1997 betreffend Wahlkreise/Wahlkreisverbände mit 10 bis 20 Mandaten (angenommen als Postulat am 21. 1. 1998).

Motion 220/97 Widmer, Büren, vom 19. November 1997 betreffend Garantie für einen Sitz pro Amtsbezirk (angenommen als Postulat am 21. 1. 1998).
Der Grosse Rat hat am 19. Januar 1999 die Vorstösse 158/98 Widmer, Wanzwil (SVP), 159/98 FDP (Lack) und 203/98 SP (Seiler, Moosseedorf) überwiesen. Mit diesen Vorstösssen wird die Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 Mitglieder erneut aufgegriffen. Im Rahmen dieser Diskussion werden auch die beiden Anliegen der Motionärin bearbeitet werden.

Motion 223/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Begründung der Dringlichkeit bei parlamentarischen Vorstössen (angenommen am 21. 1. 1998).

Motion 224/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Privilegierung von Kommissionsvorstössen (angenommen als Postulat am 21. 1. 1998).

Motion 226/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Verzicht auf die zweite Lesung von Gesetzen (angenommen am 21. 1. 1998).

Motion 231/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend verbesserte Dokumentation (angenommen am 21. 1. 1998).

Motion 232/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Register der Interessenbindungen (angenommen am 21. 1. 1998)
Das Büro des Grossen Rates entschied am 18. Dezember, vorläufig auf eine Revision der Grossratsgesetzgebung zu verzichten. Es berücksichtigte bei diesem Entscheid den Umstand, dass weitere Revisionen absehbar sind.

Motion 230/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend weniger Kommissionen (angenommen am 21. 1. 1998).
Die heutige Grossratsgesetzgebung erlaubt es bereits, die Anliegen umzusetzen. Allfällige weitere Änderungen sollen dem Grossen Rat bei der nächsten Änderung der Geschäftsordnung vorgelegt werden.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 123/98 Wyss, Bern, vom 10. Juni 1998 betreffend Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre (Buchstabe a: abgelehnt; Buchstabe b: angenommen als Postulat am 17. 11. 1998).
Zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 in Gemeindeangelegenheiten wäre eine Änderung der Verfassung und des Gemeindegesetzes nötig. Die Frage wird durch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion bearbeitet.

Motion 125/98 Lüthi, Münsingen, vom 10. Juni 1998 betreffend Einführung eines «Wahlbatzens» der Stimmbürger/innen für die Parteien im Jahr der kantonalen Wahlen (angenommen am 16. 11. 1998).
Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden Ende Jahr aufgenommen.

Motion 133/98 Widmer, Wanzwil, vom 15. Juni 1998 betreffend zeitliche Eingrenzung des Versandes des Wahlmaterials (angenommen am 16. 11. 1998).
Die Umsetzung dieses Anliegens soll im Hinblick auf die Grossratswahlen 2002 erfolgen.

Medien

Postulat 138/98 Lack, Gümligen, vom 15. Januar 1998: Senderstandorte der Berner Lokalradios (angenommen am 17. 11. 1998).
Die gewünschte Intervention soll Anfang 1999 stattfinden.

2.9.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Grosser Rat

Motion 216/96 Rickenbacher, Port, vom 2. September 1996 betreffend neue Ausgestaltung der Finanzaufsicht (Punkt 1 angenommen, Punkt 2 angenommen als Postulat am 4. 11. 1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16. 11. 1998).

Motion 226/96 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996 betreffend unabhängige Finanzkontrolle als gemeinsames Organ von Regierung und Parlament (angenommen am 4. 11. 1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16. 11. 1998).
Die Projektorganisation unter der Leitung der Staatskanzlei hat Gesetzesentwürfe ausgearbeitet und ein Vernehmlassungsverfahren sowie Hearings mit Experten durchgeführt. Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat die Vorlage zuhanden des Grossen Rates Anfang 1999 verabschiedet.

Postulat 227/96 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996 betreffend verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4. 11. 1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16. 11. 1998).
Der Prüfauftrag wird im Rahmen der Arbeiten am Projekt «Neue Finanzaufsicht» erfüllt. Die Prüfarbeiten sind im Moment eingestellt. Der Gesamtprojektausschuss möchte den Variantenentscheid des Grossen Rates zur Finanzaufsicht abwarten. Danach sollen die Arbeiten wieder aufgenommen werden.

Berner Jura

Motion 172/96 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996 betreffend den Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7. 11. 1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16. 11. 1998).

Es handelt sich um einen Dauerauftrag, an den sich der Regierungsrat im Rahmen seiner gesamten Politik in Bezug auf den Berner Jura hält. Die Frage nach einer vermehrten Dezentralisierung wird geprüft, sobald die Ergebnisse der Arbeiten im Zusammenhang mit der fortschreitenden Autonomisierung, mit denen der Regierungsrat den Regionalrat beauftragt hat, vorliegen werden.

Amtsblätter

Postulat 064/95 Hofer, Biel, vom 13. März 1995 betreffend Amtsblatt: Reduktion amtlicher Publikationen (Buchstabe b abgelehnt, Buchstaben a und c angenommen am 4. 9. 1995; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 17. 11. 1997).
Bst. a: Mit dem Inkrafttreten des Gemeindegesetzes am 1. Januar 1999 wird auf die Publikation von Gemeindeversammlungen im Amtsblatt verzichtet. Bst. c: Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Staatskanzlei prüft verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten.

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 056/96 Gurtner, Bern, vom 23. Januar 1996 betreffend Migrantinnen im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 2. 9. 1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16. 11. 1998).
Die Arbeiten wurden aufgenommen. Es finden gegenwärtig Recherchen über die bestehenden Angebote für Migrantinnen im Kanton Bern statt. Die Ergebnisse werden eine wichtige Grundlage für den Vollzug des Vorstosses bilden.

2.9.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Berner Jura

Postulat 269/92 Houriet vom 10. Dezember 1992 betreffend Zweisprachigkeit (angenommen am 23. 6. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).

Postulat 110/93 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993 für eine stärkere Rolle der Jura-Delegation des Regierungsrates (angenommen am 2. 11. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).

Postulat 216/93 Verdon vom 16. September 1993 betreffend Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16. 3. 1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4. 11. 1996).

Motion 124/94 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994 betreffend rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17. 1. 1995).

Die Prüfung der in den vier Vorstössen aufgeworfenen Problembereiche wird Gegenstand eines Berichts über die Jurapolitik des Regierungsrates sein. Da sich die Situation ständig weiter entwickelt, konnte der Bericht noch nicht verfasst werden. Hingegen konnten wichtige Schritte unternommen werden, die den Anliegen dieser Vorstösse Rechnung tragen, und zwar in den Bereichen der Information (regelmässige Medienkonferenzen des Regionalrats, Einrichtung einer Lokalredaktion des Westschweizer Fernsehens TSR in Moutier) sowie der fortschreitenden Autonomisierung (regierungsrätliches Mandat an den Regionalrat).

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 014/96 Gurtner, Bern, vom 15. Januar 1996 betreffend Gewalt gegen Frauen: von den Opfern zu den Tätern (angenommen am 2. 9. 1996).
Ein Konzept und die entsprechenden Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt an Frauen mit Schwerpunkt auf der Täterseite sind in Bearbeitung.

2.10 Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriftensammlung	Zustandekommen	Bemerkungen
Vermummungsverbot bei Demonstrationen	10. 6. 92	3. 2. 93	Ablehnung des Gesetzesentwurfes durch den Grossen Rat am 20. 11. 1997 In der Volksabstimmung vom 7. 6. 1998 angenommen Neue Beratung im Grossen Rat im Jahre 1999
Tiefere Steuern für verbrauchsarme Personenwagen	17. 4. 98	9. 12. 98	

Bern, Februar 1999

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 10. März 1999